

C. Angebotsschreiben

Vergabeverfahren

*Verwertung von Altpapier (PPK)
aus dem Landkreis Börde*

Vergabenummer 2025-0005-EU-OV-G

Achtung:

Angebot muss bis zum 26.06.2025 bis 09:00 Uhr über die E-Vergabeplattform elektronisch eingehen!

Kommunalservice Landkreis Börde AöR
Schwimmbadstraße 2 a

39326 Wolmirstedt

Vergabenummer: **2025-0005-EU-OV-G**

Vergabeart: Offenes Verfahren

Ort, Datum

Name des Bieters

Anschrift des Bieters
(ggf. mit Länderkennzeichen)

Telefonnummer des zuständigen Bearbeiters
des Bieters

Faxnummer des zuständigen Bearbeiters
des Bieters

E-Mail-Adresse des Bieters

**Betrifft: Angebotsschreiben
Vergabe der Verwertung von Altpapier (PPK) aus dem Landkreis Börde**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir geben im oben genannten Vergabeverfahren folgendes Angebot ab:

1. Unser Angebot umfasst folgende beigefügte Unterlagen
 - das für die von uns angebotenen Leistungen vollständig ausgefüllte Leistungsverzeichnis,
 - die weiteren in den Bewerbungsbedingungen geforderten Unterlagen (vgl. insbesondere Ziffer 7.10 der Bewerbungsbedingungen),
2. Änderungen/ Ergänzungen an den Vergabeunterlagen wurden nicht vorgenommen. Sofern unserem Angebot eigene Annahme-, Lieferbedingungen o. ä. für eine ggf. eingesetzte Umladestation bzw. die Entsorgungsanlage beigefügt sind, erfolgt dies nur informatorisch. Die Bedingungen beanspruchen keine Geltung für den Entsorgungsvertrag mit dem AG.
3. Wir bieten die Ausführung der beschriebenen Leistungen zu den von mir/ uns im Leistungsverzeichnis (Teil E) eingesetzten Preisen und den in den Besonderen Vertragsbedingungen festgelegten Bedingungen an.
4. Wir sind ein ausländisches Unternehmen aus einem
 - ☐ EWR-Staat bzw. Staat ☐ anderen Staat - Nationalität _____
des WTO-Abkommens (bitte intern. Kfz-Zeichen eintragen)
5. Wir erklären uns bis zum **28.11.2025** an das Angebot gebunden.
6. Bitte ankreuzen, falls zutreffend:
 - ☐ Für die Erbringung der angebotenen Leistungen ist der Einsatz von Unterauftragnehmern vorgesehen. Die hiervon betroffenen Leistungsbereiche sind im Formblatt „Benennung von Unterauftragnehmern“ (C.1.9) angegeben.Bitte ankreuzen, soweit die vorgesehenen Unterauftragnehmer bereits bekannt sind:
 - ☐ Der/ Die vorgesehene(n) Unterauftragnehmer sind bereits bekannt und im Formblatt „Benennung von Unterauftragnehmern“ (C.1.9) ausgewiesen.
7. Rückgriff auf Dritte für die Eignung

Wir haben uns für die Eignung im Hinblick auf die Anforderung

zum Ausgleich von Eignungsdefiziten auf Dritte bezogen und Nachweise Dritter vorgelegt (z. B. Rückgriff auf Konzernunternehmen).

☐ Da das Eignungsdefizit die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit betrifft, erklären wir, dass wir für die Auftragsausführung gemeinsam mit dem/ den Dritten entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gesamtschuldnerisch haften.

Wir legen deshalb für diese(n) Dritten dem Angebot in

Anlage _____

Belege darüber bei, dass diese zur Leistungserbringung zur Verfügung stehen (z. B. das diesem Angebotsschreiben beigegefügte Formblatt „Verpflichtungserklärung“).

8. (nicht Zutreffendes bitte streichen) Wir versichern, dass

- keine Person, deren Verhalten unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer der in § 123 Abs. 1 GWB genannten Straftaten rechtskräftig verurteilt ist und dass gegen unser Unternehmen wegen der genannten Straftaten auch keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) festgesetzt worden ist;
- wir unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen sind.

(falls Vortext gestrichen, ggf. – sofern zutreffend –:)

☐ Wir sind unseren Verpflichtungen zwar zunächst nicht, jedoch nachträglich dadurch nachgekommen, dass wir

- ☐ die Zahlung vorgenommen haben,
- ☐ uns zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet haben,

- wir in den letzten drei Jahren nicht
 - wegen eines Verstoßes nach § 23 des Gesetzes über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen (AEntG) oder
 - wegen eines Verstoßes nach § 21 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG)

mit einer Geldbuße von mindestens 2.500 € belegt wurden oder

- nach § 21 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz – SchwarzArbG) zu einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen verurteilt oder mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 € belegt wurden

und in diesem Zeitraum auch keine entsprechende schwerwiegende Verfehlung nach § 23 AEntG oder § 21 MiLoG oder § 21 SchwarzArbG begangen haben.

9. Wir versichern, dass für unser Unternehmen keine fakultativen Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 GWB vorliegen.

(falls Vortext gestrichen, ggf.:)

- ☐ Für unser Unternehmen liegt der folgende fakultative Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 GWB vor:

In Anlage __ führen wir aus, warum unser Unternehmen u.E. dennoch nicht von der Teilnahme am Vergabeverfahren ausgeschlossen werden sollte.

10. ☐ (bitte ankreuzen, falls zutreffend):
Für unser Unternehmen liegt zwar

- ☐ ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB

- ☐ ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 Abs. 1 GWB vor.

Die rechtskräftige Verurteilung (§ 123 GWB) erfolgte bzw. das betroffene Ereignis (§ 124 GWB) fand statt am _____._____.

In Anlage __ legen wir Erklärungen und Nachweise über unsere Selbstreinigung nach § 125 GWB vor.

11. Wir versichern, dass wir in Bezug auf die Vergabe keine unzulässigen, wettbewerbsbeschränkenden Abreden mit Dritten getroffen haben.

12. ☐ (bitte ankreuzen, falls zutreffend)

Wir sind präqualifiziert und damit einverstanden, dass der Auftraggeber die in dem von uns genutzten zertifizierten Präqualifizierungsverzeichnis gem. § 48 Abs. 8 VgV (z.B. Amtliches Verzeichnis präqualifizierter Unternehmen (AVPQ)) enthaltenen Nachweise einsieht. Das von uns genutzte Präqualifizierungsverzeichnis ist:

Unsere Zertifikatsnummer und der Zugangscode lauten:

13. Wir erklären, dass die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung erfüllt sind.

14. Unser Betrieb ist bei der :

gegen Unfall versichert

(bitte genaue Anschrift der Berufsgenossenschaft angeben. Bieter, die keinen Sitz in Deutschland haben, geben den für sie zuständigen Versicherungsträger an.)

15. Für den Betrieb ist die Arbeitsagentur in

zuständig.

(Bei Betriebsstätten in Bezirken verschiedener Arbeitsagenturen ist die Arbeitsagentur anzugeben, in deren Bezirk zurzeit die größte Zahl von Arbeitnehmern beschäftigt ist.)

16. Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung bzw. wettbewerbswidrige Absprache den Ausschluss von dieser und von weiteren Ausschreibungen zur Folge haben kann.

17. Bitte ankreuzen, falls zutreffend:

☐ Zum Nachweis der Vertretungsbefugnis sind ____ Vollmacht(en) beigelegt.

18. Bitte ankreuzen, falls zutreffend:

☐ Da wir eine Bietergemeinschaft sind, liegt dem Angebot in Formblatt „Erklärung der Bietergemeinschaft“ (C.1.4) die Erklärung der Bietergemeinschaft gemäß dem vorgegebenen Muster bei.

19. Wir erklären, die Datenschutzhinweise zur Kenntnis genommen zu haben und zu beachten (siehe Anlage 3 der Bewerbungsbedingungen).

Name des/der Erklärenden in lesbarer Form
(möglichst Angabe in Druckbuchstaben)

Anlagen:

Anlage 1: C.1 Erklärungen und Nachweise des Bieters

Anlage 2: C.2 Weitere fachliche Nachweise und Erklärungen des Bieters

C. Anlagen zum Angebotsschreiben

Vergabeverfahren

*Verwertung von Altpapier (PPK)
aus dem Landkreis Börde*

Vergabenummer 2025-0005-EU-OV-G

C.1 Anlage 1: Erklärungen und Nachweise des Bieters

C.1.1 Verzeichnis der weiteren eingereichten Unterlagen

weitere vom Bieter eingereichte Unterlagen	Anzahl der Seiten	beigefügt als Anlage Nr.

C.1.2 Übersicht über den Bieter

Das Angebot erfolgt als:

1)	Einzelbewerber
1)	Bietergemeinschaft
1)	ggf. Name der Bietergemeinschaft:

1) zutreffendes bitte ankreuzen

Status *)	Name des Unternehmens	Aufgabe im Rahmen der Leistungen **)

*) Status des Unternehmens: EB = Einzelbewerber BV = Bevollmächtigter Vertreter einer Bietergemeinschaft MB = Mitglied einer Bietergemeinschaft	**) Nur bei Bietergemeinschaften
---	---

C.1.3 Angaben zum Bieter

(bei Bietergemeinschaften von jedem Mitglied einer Bietergemeinschaft auszufüllen;
Formblatt erforderlichenfalls vervielfältigen)

1. Aufgabe innerhalb des Vorhabens

(nur bei Bietergemeinschaften anzugeben)

2. Vollständige Bezeichnung des Unternehmens

3. Rechtsform des Unternehmens

4. Firmenanschrift

Straße		Postfach	
PLZ		PLZ	
Ort			
Land			
Telefon		Telefax	
E-Mail			

5. Umsätze der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (netto)

Jahr	Gesamtumsatz in € (netto)	Umsätze bezüglich der Verwertung oder Koordination der Ver- wertung von PPK in € (netto)

6. Bilanzsumme der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (netto)

Jahr	Bilanzsumme in EUR (netto)

7. Durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl in den letzten 3 Jahren

Jahr	Zahl der Beschäftigten
2022	
2023	
2024	

C.1.4 Erklärung der Bietergemeinschaft

Die nachfolgend aufgeführten Unternehmen der Bietergemeinschaft bestehend aus:

dem Mitglied 1 und bevollmächtigten Vertreter

dem Mitglied 2

dem Mitglied 3

dem Mitglied 4

erklären,

- dass alle Mitglieder der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haften,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Bietergemeinschaft gegenüber der KommunalService Landkreis Börde AöR rechtsverbindlich vertritt,
- dass der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, im Rahmen des Vergabeverfahrens uneingeschränkt im Namen aller Mitglieder der Bietergemeinschaft zu handeln,
- dass der bevollmächtigte Vertreter mit uneingeschränkter Wirkung berechtigt ist, für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft Zahlungen entgegenzunehmen.

Ort

Datum

Unterschrift des Mitglieds 1

**Name des Unterschriftleistenden
in Großbuchstaben**

Abdruck des Firmenstempels

Ort

Datum

Unterschrift des Mitglieds 2

**Name des Unterschriftleistenden
in Großbuchstaben**

Abdruck des Firmenstempels

Ort

Datum

Unterschrift des Mitglieds 3

**Name des Unterschriftleistenden
in Großbuchstaben**

Abdruck des Firmenstempels

Ort

Datum

Unterschrift des Mitglieds 4

**Name des Unterschriftleistenden
in Großbuchstaben**

Abdruck des Firmenstempels

C.1.5 Bereitschaftserklärung zur Stellung einer Bürgschaft

Der Bieter

Name und Sitz

beteiligt sich an dem Vergabeverfahren zur Verwertung von Altpapier (PPK) aus dem Landkreis Börde.

Für den Fall der Zuschlagserteilung an den Auftragnehmer hat dieser als Sicherheit für die Vertragserfüllung dem Auftraggeber eine Bürgschaft zu leisten.

Der Bürge

Name und Anschrift

erklärt hiermit unverbindlich seine Bereitschaft, im Fall der Zuschlagserteilung eine Bürgschaft gemäß § 18 VOL/B⁵ über 5 % des Gesamtauftragswertes zu stellen. Eine Inanspruchnahme des Bürgen aus dieser Bereitschaftserklärung durch den Auftraggeber ist nicht möglich.

Ort, Datum

Unterschriften

⁵ Der Verzicht auf die Einrede der Aufrechenbarkeit nach § 18 Nr. 4 Abs. 1 VOL/B muss nicht für unbestrittene oder rechtskräftig festgestellte Gegenforderungen des Hauptschuldners gelten.

C.1.6 Referenzen des Bieters der letzten drei Jahre für die zu vergebenden Leistungen (Formblatt ggf. vervielfältigen)

Verwertung oder Koordination der Verwertung von PPK	
Bezeichnung des Bieters	
Bezeichnung der durchgeführten Dienstleistung	
Durchführungszeitraum der Dienstleistung	
Bezeichnung des Auftraggebers	
Anschrift des Auftraggebers	
auf Verlangen: zuständiger Ansprechpartner des Auftraggebers und dessen Telefonnummer	
Leistungsumfang (Mg/a)	
Verwertung oder Koordination der Verwertung von PPK	
Bezeichnung des Bieters	
Bezeichnung der durchgeführten Dienstleistung	
Durchführungszeitraum der Dienstleistung	
Bezeichnung des Auftraggebers	
Anschrift des Auftraggebers	
auf Verlangen: zuständiger Ansprechpartner des Auftraggebers und dessen Telefonnummer	
Leistungsumfang (Mg/a)	

Hinweis: Bitte beachten Sie die Mindestanforderungen an die Referenzen gemäß Auftragsbekanntmachung

**C.1.7 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
(Formblatt ggf. vervielfältigen)**

Uns, der

(Name und Adresse des sich verpflichtenden Unternehmens)

ist bekannt, dass sich

(Name des Bieters)

an dem Vergabeverfahren des AG zur Verwertung von Altpapier (PPK) aus dem Landkreis Börde als Bieter beteiligt.

Ich/ Wir verpflichte(n) uns, im Falle der Auftragsvergabe an o. g. Bieter diesen bei der Vorbereitung und Durchführung der vertraglichen Leistungen zu unterstützen und im Falle einer Auftragserteilung folgende Mittel zur Verfügung zu stellen (Eignungsleihe):

Dies wird wie folgt stattfinden:

☐ Da die Eignungsleihe die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit betrifft, erklären wir, dass wir mit dem Bieter für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gesamtschuldnerisch haften.

Ort

Datum

Stempel und Unterschrift

C.1.8 Nachweis der Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb oder Nachweis der vergleichbaren Qualifikation*) für die Beförderung von gemischten Siedlungsabfällen (AVV 20 03 01) oder Papier und Pappe (AVV 15 01 01 / 20 01 01) oder für das Handeln, Makeln, Lagern oder Verwerten von Papier und Pappe (AVV 15 01 01 / 20 01 01)

Bezeichnung des Unternehmens	
-------------------------------------	--

Hinweis: Der Nachweis ist entweder nach lit. A, B oder C zu erbringen.

- A.)** ☐ Der Bieter/ Unterauftragnehmer ist zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb. Das Zertifikat umfasst die für seinen vorgesehenen Leistungsbereich erforderlichen Tätigkeiten und Abfallarten. Der Nachweis ist beigelegt.
- B.)** ☐ Der Bieter/ Unterauftragnehmer legt Nachweise einer gleichwertigen Qualifikation (z.B. Zertifikate aus anderen Mitgliedsstaaten der EU) bei.
- C.)** ☐ Der Bieter/ Unterauftragnehmer ist **nicht** zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb. Zum Nachweis der gleichwertigen Qualifikation sind beigelegt:
1. Kurzdarstellung des betrieblichen Aufbaus (technische und personelle Kapazitäten, Organigramm),
 2. Nachweis über die Bestellung einer für die Leitung und Beaufsichtigung verantwortlichen Person,
 3. Auskunft aus dem Gewerbezentralregister für das Unternehmen,
 4. Versicherung der Fachkunde der für die Leitung und Beaufsichtigung des Betriebs verantwortlichen Person, insbesondere
ein Nachweis über
 - ☐ den Abschluss eines Hochschul- oder Fachhochschulstudiums oder
 - ☐ das Absolvieren einer kaufmännischen oder technischen Fachschul- oder Berufsausbildung oder
 - ☐ die Qualifikation als Meisterauf einem Fachgebiet, dem der Betrieb hinsichtlich seiner Betriebsvorgänge zuordnen ist, und zusätzlich

*) ggf. für mehrere Mitglieder einer Bietergemeinschaft auszufüllen (ggf. Kopien anfertigen), für ein Mitglied der Bietergemeinschaft ausreichend

der Nachweis über während einer zweijährigen praktischen Tätigkeit erworbene Kenntnisse über die abfallwirtschaftliche Tätigkeit, für die die Leitungs- und Beaufsichtigungsfunktion besteht

5. Nachweis einer bestehenden Umwelthaftpflicht- und Betriebshaftpflichtversicherung.

C.1.9 Benennung von Unterauftragnehmern für die zu erbringenden Leistungen

Der Bieter erklärt, dass für die Erbringung von Leistungsbestandteilen der angebotenen Dienstleistung der Einsatz von Unterauftragnehmern vorgesehen ist und benennt, soweit bereits bekannt, die folgenden Unterauftragnehmer. Lieferanten sind keine Unterauftragnehmer.

Leistungsbereich des Unterauftragnehmers

soweit bereits bekannt:

Bezeichnung des Unterauftragnehmers

soweit bereits bekannt:

Adresse des Unterauftragnehmers

Leistungsbereich des Unterauftragnehmers

soweit bereits bekannt:

Bezeichnung des Unterauftragnehmers

soweit bereits bekannt:

Adresse des Unterauftragnehmers

Leistungsbereich des Unterauftragnehmers

soweit bereits bekannt:

Bezeichnung des Unterauftragnehmers

soweit bereits bekannt:

Adresse des Unterauftragnehmers

Leistungsbereich des Unterauftragnehmers

soweit bereits bekannt:

Bezeichnung des Unterauftragnehmers

soweit bereits bekannt:

Adresse des Unterauftragnehmers

C.1.10 Unterauftragnehmererklärung (ggf. bitte vervielfältigen)

Vergabe der Verwertung von Altpapier (PPK) aus dem Landkreis Börde

Wir, die

(vollständige Bezeichnung des Unternehmens)

sind als Unterauftragnehmer der _____
(Name des Bieters)

für die Leistung

im Rahmen des obigen Vergabeverfahrens vorgesehen.

Unsere Firmenanschrift lautet:

Straße	_____	Postfach	_____
PLZ	_____	PLZ	_____
Ort	_____		
Land	_____		
Telefon	_____	Telefax	_____
E-Mail	_____		

Wir erklären hiermit verbindlich, dass wir für den Fall der Zuschlagserteilung an den o. g. Bieter bereit sind, die o. g. Leistungen im Unterauftrag des Bieters zu erbringen.

Des Weiteren geben wir die folgenden Erklärungen ab:

a) (nicht Zutreffendes bitte streichen) Wir versichern, dass

- keine Person, deren Verhalten unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer der in § 123 Abs. 1 GWB genannten Straftaten rechtskräftig verurteilt ist und dass gegen unser Unternehmen wegen der genannten Straftaten auch keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) festgesetzt worden ist;
- wir unseren Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen sind.

(falls Vortext gestrichen, ggf. – sofern zutreffend –:)

☐ Wir sind unseren Verpflichtungen zwar zunächst nicht, jedoch nachträglich dadurch nachgekommen, dass wir

- ☐ die Zahlung vorgenommen haben,
- ☐ uns zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet haben,

• wir in den letzten drei Jahren nicht

- wegen eines Verstoßes nach § 23 des Gesetzes über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen (AEntG) oder
- wegen eines Verstoßes nach § 21 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG) mit einer Geldbuße von mindestens 2.500 EUR belegt wurden oder
- wegen eines Verstoßes nach § 21 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz – SchwarzArbG) zu einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen verurteilt oder mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 EUR belegt wurden

und in diesem Zeitraum auch keine entsprechende schwerwiegende Verfehlung nach § 23 AEntG oder § 21 MiLoG oder § 21 SchwarzArbG begangen haben.

b) Wir versichern, dass für unser Unternehmen keine fakultativen Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 GWB vorliegen.

(falls Vortext gestrichen, ggf.):

☐ Für unser Unternehmen liegt der folgende fakultative Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 GWB vor:

In Anlage _ führen wir aus, warum unser Unternehmen u.E. dennoch nicht von der Teilnahme am Vergabeverfahren ausgeschlossen werden sollte.

c) ☐ (bitte ankreuzen, falls zutreffend):

Für unser Unternehmen liegt zwar

- ☐ ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB
- ☐ ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 Abs. 1 GWB vor.

Die rechtskräftige Verurteilung (§ 123 GWB) erfolgte bzw. das betroffene Ereignis (§ 124 GWB) fand statt am _____._____.

In Anlage __ legen wir Erklärungen und Nachweise über unsere Selbstreinigung nach § 125 GWB vor.

- d) Wir erklären, dass der Auftraggeber unter Wahrung der Vertraulichkeit unsere Angaben überprüfen und erforderlichenfalls ergänzende Unterlagen zur Leistungserbringung anfordern kann.
- e) Wir verpflichten uns, unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Auftragsausführung Entgelte zu gewähren, die mindestens dem vergabespezifischen Mindeststundenentgelt nach § 11 Abs. 3 TVergG LSA entsprechen.

Dieses beträgt derzeit 15,67 €. ⁶

Für die Reichweite der Verpflichtung findet § 22 Abs. 1 bis 3 Mindestlohngesetz Anwendung.

- f) Wir verpflichten uns, unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Ausführung des öffentlichen Auftrages mindestens jene Arbeitsbedingungen zu gewähren, welche der Auftragnehmer selbst einzuhalten verspricht, sowie deren Einhaltung sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

Ort, Datum _____

Unterschrift(en), Firmenstempel

Bitte Namen der Unterzeichnenden in Druckbuchstaben angeben sowie ggf. Angaben zur Vertretungsbefugnis machen.

⁶ Die Höhe ab November 2025 hängt von den Ergebnissen der bevorstehenden Tarifrunden ab.

C.1.11 Erklärung zu Tariftreue, Mindeststundenentgelt und Entgeltgleichheit (§§ 11 und 14 Abs. 2 TVergG LSA) und zum Nachunternehmereinsatz (14 Abs. 2 und Abs. 4 TVergG LSA)

1. Verpflichtung zur Zahlung eines Mindeststundenentgelts (§ 11 Abs. 3 TVergG LSA)

Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, dass

meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Auftragsausführung Entgelte gewährt werden, die mindestens dem vergabespezifischen Mindeststundenentgelt nach § 11 Abs. 3 TVergG LSA entsprechen.

Dieses beträgt **15,67 €**.

Für die Reichweite der Verpflichtung findet § 22 Abs. 1 bis 3 des Mindestlohngesetzes Anwendung.⁷

⁷ § 22 Abs. 1 bis 3 des Mindestlohngesetzes lauten:

(1) Dieses Gesetz gilt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Praktikantinnen und Praktikanten im Sinne des § 26 des Berufsbildungsgesetzes gelten als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes, es sei denn, dass sie

1. ein Praktikum verpflichtend auf Grund einer schulrechtlichen Bestimmung, einer Ausbildungsordnung, einer hochschulrechtlichen Bestimmung oder im Rahmen einer Ausbildung an einer gesetzlich geregelten Berufsakademie leisten,
2. ein Praktikum von bis zu drei Monaten zur Orientierung für eine Berufsausbildung oder für die Aufnahme eines Studiums leisten,
3. ein Praktikum von bis zu drei Monaten begleitend zu einer Berufs- oder Hochschulausbildung leisten, wenn nicht zuvor ein solches Praktikumsverhältnis mit demselben Auszubildenden bestanden hat, oder
4. an einer Einstiegsqualifizierung nach § 54a des Dritten Buches Sozialgesetzbuch oder an einer Berufsausbildungsvorbereitung nach §§ 68 bis 70 des Berufsbildungsgesetzes teilnehmen.

Praktikantin oder Praktikant ist unabhängig von der Bezeichnung des Rechtsverhältnisses, wer sich nach der tatsächlichen Ausgestaltung und Durchführung des Vertragsverhältnisses für eine begrenzte Dauer zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Erfahrungen einer bestimmten betrieblichen Tätigkeit zur Vorbereitung auf eine berufliche Tätigkeit unterzieht, ohne dass es sich dabei um eine Berufsausbildung im Sinne des Berufsbildungsgesetzes oder um eine damit vergleichbare praktische Ausbildung handelt.

- (2) Personen im Sinne von § 2 Absatz 1 und 2 des Jugendarbeitsschutzgesetzes ohne abgeschlossene Berufsausbildung gelten nicht als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes.
- (3) Von diesem Gesetz nicht geregelt wird die Vergütung von zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten sowie ehrenamtlich Tätigen.

2. Nachunternehmer und/oder Verleiher (§ 14 Abs. 2 und Abs. 4 TVergG LSA)

Im Falle der Beauftragung von Nachunternehmern und/oder Verleihern verpflichte ich mich/verpflichten wir uns gemäß § 11 Abs. 5 und § 14 Abs. 2 des TVergG LSA,

- a. mit meinen/unseren Nachunternehmern und/oder Verleihern deren Verpflichtung nach Ziff. 1 unter Verwendung des Formblattes „Unterauftragnehmererklärung“ zu vereinbaren

und

- b. meinen/unseren Nachunternehmern und/oder Verleihern aufzuerlegen, den von ihnen beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Ausführung des öffentlichen Auftrages mindestens jene Arbeitsbedingungen zu gewähren, welche der Auftragnehmer selbst einzuhalten verspricht, sowie deren Einhaltung sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen. (§ 14 Abs. 2 und Abs. 4 TVergG LSA – Formblatt „Unterauftragnehmererklärung“)
- c. Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns nach § 14 Abs. 4 des TVergG LSA für den Fall des Nachunternehmereinsatzes,
 1. bevorzugt kleine und mittlere Unternehmen zu beteiligen, soweit es mit der vertragsgemäßen Ausführung des Auftrags zu vereinbaren ist,
 2. Nachunternehmer davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt,
 3. bei der Weitergabe von Bauleistungen an Nachunternehmer Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/B) und bei der Weitergabe von Dienstleistungen Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B) zum Vertragsbestandteil zu machen und
 4. den Nachunternehmern keine, insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise, ungünstigeren Bedingungen aufzuerlegen, als zwischen dem Auftragnehmer und dem öffentlichen Auftraggeber vereinbart sind.

3. Verpflichtung zur Entgeltgleichheit

Ich erkläre/Wir erklären, dass meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Auftragsdurchführung bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt gezahlt wird.

4. Kontrollen

Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, dem Auftraggeber auf dessen Verlangen nach § 17 Abs. 1 TVergG LSA meine/unsere Entgeltabrechnungen und die Entgeltabrechnungen des Nachauftragnehmers sowie die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nach § 16 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 TVergG und die zwischen mir/uns und Nachunternehmern abgeschlossenen Werkverträge vorzulegen.

Meine/unsere Arbeitnehmer und die meiner/unserer Nachunternehmer werden auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hingewiesen.

Mir/uns und meinen/unseren Nachunternehmer ist bekannt, dass ich/wir vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben.

Dies gilt entsprechend für Verleiher, deren Arbeitnehmer ich/wir oder unsere Nachunternehmer bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags einsetzen.

5. Ausschluss des Angebots/Sanktionen

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass die Nichtabgabe oder verspätete Abgabe oder die Abgabe einer unvollständigen oder ersichtlich falschen Erklärung oder sowohl durch mich/uns, als auch meiner/unserer Nachunternehmer zum Ausschluss des Bieters während des laufenden Vergabeverfahrens nach § 8 Abs. 4 TVergG LSA führt bzw. nach § 8 Abs. 5 TVergG LSA i. V. m. § 16 TVergG LSA führen kann.

Wir verpflichten uns, für jeden schuldhaften Verstoß gegen eine der in den Ziffern 1, 2 a und 4 genannten Vertragspflichten eine Vertragsstrafe von bis zu 5 % des Auftragswerts zu zahlen. Dies gilt auch, wenn der Verstoß durch einen von uns eingesetzten Nachunternehmer oder einen von diesem eingesetzten Nachunternehmer begangen wird, es sei denn, dass wir den Verstoß weder kannten noch kennen mussten. Bei mehreren Verstößen darf die Summe der Vertragsstrafen 5 % des Auftragswerts nicht überschreiten.

Die schuldhafte Verletzung einer der in Ziffer 1, 2 a. oder 4 genannten Vertragspflichten durch uns oder unsere Unterauftragnehmer berechtigt den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung des Vertrags.

C.1.12 Handelsregisterauszug

- Anliegend ist der Handelsregisterauszug, nicht älter als 12 Monate, beigelegt.

C.1.13 Versicherungsnachweis

- Anliegend ist der Nachweis einer bestehenden Betriebshaftpflichtversicherung und einer Umwelthaftpflichtversicherung in beliebiger Höhe beigefügt

C.1.14 Auf Verlangen vorzulegenden Unterlagen:

- Nachweis über die Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben (nicht älter als 12 Monate; die Pflicht zur Vorlage gilt nicht, falls die für den Bieter zuständige Finanzbehörde solche Nachweise nicht erteilt, was vom Bieter ebenfalls zu belegen ist)

- Nachweis über die Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung (Krankenkasse, bei der die meisten Arbeitnehmer versichert sind – nicht älter als 12 Monate)

- aktueller (d.h. bei Vorlage noch gültiger) Nachweis der Mitgliedschaft in einer Berufsgenossenschaft

- Formblatt Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 (Russland-Sanktionen)

C.2 Anlage 2: Weitere fachliche Angaben und Nachweise des Bieters

Für die nachfolgend genannten Angaben und Nachweise können die hierfür vorbereiteten Formulare verwendet werden, soweit solche den Vergabeunterlagen beigelegt sind. Stattdessen können die Angaben und Erklärungen auch auf anderem Wege erklärt bzw. abgegeben werden.

Weitergehende Darstellungen und Erläuterungen (z.B. zur angebotenen Entsorgungskonzeption) stehen dem Bieter offen.

C.2.1 Angaben zur fachlichen und technischen Beurteilung der Eignung der Bieter

Für die fachliche und technische Beurteilung der Eignung sind anliegend beigelegt:

- a) Beschreibung der technischen Ausrüstung des Unternehmens, insbesondere Bezeichnung und Beschreibung der Betriebsstätten und Betriebsstandorte, von denen aus die Leistungen erbracht werden sollen und Darstellung der Verfügbarkeit der Betriebsstätten zum Leistungsbeginn.
- b) Beschreibung der Maßnahmen des Unternehmens zur Gewährleistung der Qualität der Leistungserbringung.
- c) Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, unabhängig davon, ob diese dem Unternehmen angehören oder nicht, und zwar insbesondere derjenigen, die mit der Qualitätskontrolle beauftragt sind.

C.2.2 Entsorgungskonzept

Anliegend ist eine Beschreibung des Gesamtkonzeptes der Leistungserbringung beigelegt unter Benennung folgender Aspekte:

- a) Beschreibung des vorgesehenen Verwertungskonzeptes inkl. der Transportleistungen für die zu übernehmenden Abfälle. Bei mehrstufigen Konzepten ist jede vorgesehene Stufe (z.B. ggf. vorgesehener Umschlag, Lagerung, Behandlung) zu beschreiben.
- b) Benennung der zunächst vorgesehenen ersten Zielanlage(n) der zu übernehmenden PPK-Abfälle (Umschlaganlage, Lager, Behandlungs- oder Verwertungsanlage).
(Nähere Angaben zu der/den zunächst vorgesehenen ersten Zielanlage(n) sind im Formblatt gemäß Anlage C.2.3 beizufügen).
- c) Benennung der ggf. weiteren vorgesehenen Anlage(n) für Umschlag, Lagerung, Behandlung und Verwertung der PPK-Abfälle (soweit bereits bekannt).
(Nähere Angaben sind im Formblatt gemäß Anlage C.2.4 beizufügen).

**C.2.3 Zunächst vorgesehene erste Zielanlage(n) der zu übernehmenden PPK-
Abfälle (Umschlaganlage, Lager, Behandlungs- oder Verwertungsanlage)**

Bezeichnung der Anlage: _____	
Standort der Anlage (Anschrift)	
Betreiber der Anlage (Anschrift)	
Beschreibung der Lagerung/ Behandlung/ Verwertung (z.B. Sortierung, Pappenherstel- lung, eingesetzte Technik/ Fahr- zeuge)	
Betriebsgenehmigung/ Genehmi- gungsstand/ Genehmigungsdatum	
Geeichte Fahrzeugwaage vorhanden?	
Technische Gesamtkapazität	
Bereitstellungskapazität für den Auftraggeber	

ggf. kopieren und ergänzen

C.2.4 Angaben zu ggf. weiteren vorgesehenen Anlagen für Umschlag, Lagerung, Behandlung, Verwertung der übernommenen Abfälle (soweit bereits bekannt)

Bezeichnung der Anlage: _____	
Standort der Anlage (Anschrift)	
Betreiber der Anlage (Anschrift)	
Beschreibung der Lagerung/ Behandlung/ Verwertung (z.B. Sortierung, Pappenher- stellung, eingesetzte Technik/ Fahrzeuge)	
Betriebsgenehmigung/ Genehmigungsstand/ Genehmigungsdatum	
Geeichte Fahrzeugwaage vorhanden?	
Technische Gesamtkapazität	
Bereitstellungskapazität für den Auftraggeber	

ggf. kopieren und ergänzen

**Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU)
Nr. 833/2014 (Russland-Sanktionen)**

(von allen Bewerbern / Bieter / allen Mitgliedern von Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften)

Bezeichnung des Vergabeverfahrens / Auftrags:

Verwertung von Altpapier (PPK) aus dem Landkreis Börde

Geschäftszeichen des Auftraggebers: 2025-0005-EU-OV-G

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):

1. Der / die **Bewerber / Bieter** gehört / gehören nicht zu den

in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014¹ des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) **durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,**
- b) **durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das unmittelbare oder mittelbare Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,**
- c) **durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.**

2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen mit einem Bezug zu Russland im Sinne von Ziffer 1 eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Ort, Datum

Aussteller/in

¹ Die aktuell jeweils geltende Fassung der Verordnung kann in der Datenbank der Europäischen Union, EUR-Lex, eingesehen werden. Die aufgrund von Änderungen konsolidierten Fassungen der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 sind hier zu finden. Dabei ist darauf zu achten, dass die aktuellste Fassung mit dem spätesten Datum ausgewählt wird.

Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der aktuellen Fassung, zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2024/745 des Rates vom 25. Februar 2025 lautet wie folgt:

(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU sowie unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,

b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder

c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b des vorliegenden Absatzes genannten natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen handeln,

einschließlich — wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt — Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und ihre Sicherheit sowie die Weiterführung der Planung, des Baus und der Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen, die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen oder kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,

b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,

c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,

d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen, oder

e) soweit nicht nach Artikel 3 m oder 3 n verboten - den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.